

Call for Papers

Die **WSI-Mitteilungen** sind eine referierte, wissenschaftliche, Zeitschrift mit politik- und praxisorientierter Ausrichtung im Themenspektrum „Arbeit-Wirtschaft-Soziales“. Die Redaktion lädt ein zur Einsendung von Manuskripten zum Thema:



Der Staat als Arbeitgeber – Zur Entwicklung von Arbeit und Beschäftigung im öffentlichen Sektor

Eine Anstellung im Staatsdienst – das wünschten sich Generationen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland zumindest für ihre Kinder. Beamtenstatus oder weitgehender Kündigungsschutz, Krisensicherheit und auskömmliches Entgelt mit Familienzuschlägen, vorprogrammierte Aufstiegswege und wenig Leistungsdruck sind die klassischen Attribute einer Beschäftigung im öffentlichen Sektor.

Doch seither ist viel Wasser die Flüsse des rheinischen Kapitalismus hinab geflossen. Neue Leitbilder wie der schlanke, kosteneffektive Staat, Übergänge von hoheitlichem zu dienstleistungsorientiertem Selbstverständnis, Rationalisierung nach privatwirtschaftlichen Mustern (z.B. Taylorisierung, Gemeinkostenreduktion), Public-Private-Partnership und andere verschiedene Facetten von Privatisierung und Outsourcing sind nicht ohne Folgen für die Arbeit im öffentlichen Sektor geblieben. Ausgestaltung und Reichweite des Beamtenstatus ändern sich ebenso wie die Beschäftigung im Arbeiter- und Angestelltenbereich. Die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses hat vor den öffentlichen Arbeitgebern nicht halt gemacht und trifft nicht mehr nur Reinigungskräfte und Müllwerker. Sie erreicht, wie die Ausweitung von befristeter Beschäftigung und Lohnabsenkungen in den Bereichen Bildung und Wissenschaft zeigen, auch den akademischen Nachwuchs.

Der Wandel der öffentlichen Arbeit berührt nicht nur Beschäftigungsumfang und Beschäftigungsformen, Lohnhöhen, Betriebsorganisation, Mitbestimmung und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor selbst und bei seinen privatisierten Ablegern, sondern gerade in Deutschland auch die Einrichtungen des Non-Profit-Sektors, die sowohl Nutznießer als auch Opfer von Umstrukturierungen des öffentlichen Sektors sein können.

Schließlich hat der Wandel öffentlicher Beschäftigung auch Auswirkungen auf Markt und Gesellschaft. Was wird aus der Vorbildfunktion öffentlicher Beschäftigung für die Privatwirtschaft im Hinblick auf Stattsicherung und Gleichbehandlung und aus der Integrationsfunktion für benachteiligte Arbeitskräftegruppen, die dem Arbeitsmarkt nicht voll zur Verfügung stehen?

Erwünscht sind Originalbeiträge, die sich aus wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Perspektive mit der Analyse des Wandels öffentlicher Beschäftigung in Deutschland und der Entwicklung Deutschlands im europäischen Vergleich befassen. Die eingereichten Manuskripte sollen neue Erkenntnisse über Formen und Ausmaß der Veränderungen im öffentlichen Sektor bieten und daraus arbeitspolitische Schlussfolgerungen ableiten. Interessierte Autorinnen und Autoren werden gebeten, das Zeichenlimit (40.000 Zeichen inkl. Leerzeichen) wie auch unsere weiteren Redaktionshinweise zu beachten (www.wsi-mitteilungen.de / Redaktion / Hinweise für Autorinnen und Autoren).

Begutachtung: Eingereichte Manuskripte, die die formalen Anforderungen für die Aufnahme in das Peer-Review-Verfahren erfüllen, werden doppelt-blind begutachtet.

Stichtag für die Einsendung von Beiträgen: 15. Februar 2009.

Bitte senden Sie Ihr Manuskript als Word-Datei an die Redaktion der WSI-Mitteilungen:

Bitte senden Sie Ihr Manuskript als Word-Datei an die Redaktion der Zeitschrift an:
Dr. Gudrun Linne, Redaktionsleitung, e-mail: gudrun-linne@boeckler.de, Tel. 0211-7778-103;

Dr. Till Müller-Schoell, Wissenschaftlicher Redakteur, e-mail: till-mueller-schoell@boeckler.de, Tel. 0211-7778-202